

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport

ZU:

Antrag der Fraktion DIE LINKE - Voraussetzungen für digitales Lernen schaffen! - Drucksache 7/1375 vom 05.06.2020

Berichterstatterin:

Abgeordnete Kristy Augustin (CDU-Fraktion)

Beschlussempfehlung:

1. Der Landtag möge den Antrag der Fraktion DIE LINKE (Drucksache 7/1375) ablehnen.
2. Der Landtag möge folgenden Beschluss fassen:

Der Landtag stellt fest:

Das Land Brandenburg hat die Schulträger insbesondere mit den Förderprogrammen „medienfit:-)Grundschule“ und „medienfit_sek I“ sowie dem „Landesprogramm zur Förderung der IT- und Medienausstattung an Schulen“ bereits in den zurückliegenden Jahren bei Verbesserungen im Zusammenhang mit der IT- und Medienausstattung sowie der konzeptionellen Entwicklung von Medienentwicklungsplänen an den Schulen unterstützt. Im Zuge des verstärkten finanziellen Engagements des Bundes durch den DigitalPakt von Bund und Ländern 2019 - 2024 können nun weitere dringend erforderliche Verbesserungen im Bereich der digitalen Infrastruktur umgesetzt werden. Ziel hierbei ist, Schülerinnen und Schülern digitale Kompetenzen zu vermitteln, um sie zugleich besser auf Veränderungen in einer sich im Wandel befindenden Arbeitswelt vorzubereiten und verantwortungsvoll mit Medien und Technik umgehen zu können.

Die Corona-Pandemie hat die Notwendigkeit für weitere Verbesserungen in der digitalen Infrastruktur an den Schulen im Land Brandenburg noch einmal in zugespitzter Form verdeutlicht. Infolgedessen ist zu begrüßen, dass mit dem Sofortausstattungsprogramm mit digitalen Endgeräten für einkommensschwache Schülerinnen und Schüler (DigitalPakt II), dem Programm zur administrativen Unterstützung beim Ausbau einer digitalen Lehr-Lern-Infrastruktur (DigitalPakt III) und der Ausstattung der Lehrkräfte mit digitalen Endgeräten (DigitalPakt IV) weitere wichtige Impulse gesetzt werden können. Des Weiteren sind nunmehr über 500 Schulen an die Schul-Cloud Brandenburg angebunden. Sie wird stetig weiterentwickelt und enthält inzwischen auch ein Videokonferenztool. Nahezu alle Lehrkräfte sind mit E-Mail-Adressen für den Dienstgebrauch ausgestattet.

Angesichts der Dynamik in der Corona-Pandemie und erheblicher Auswirkungen auf den Bildungssektor hatte der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport in seiner 10. öffentlichen Sitzung am 10. September 2020 den Antrag der Fraktion DIE LINKE (Drucksache 7/1375) aufgegriffen und zu einem Fachgespräch zu diesem Themenkomplex eingeladen. Dabei wurde der Einsatz für den beschleunigten Ausbau der digitalen Infrastruktur durch entsprechende Hard- und Software, insbesondere der flächendeckende Rollout der Schul-Cloud Brandenburg, grundsätzlich begrüßt. Gleichzeitig haben die Experten auf Defizite unter anderem im Zusammenhang mit der Umstellung auf digitale Lernformate, der Erschließung der Schulen mit Breitband-Internetverbindungen sowie bezüglich der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften im Hinblick auf digitale Unterrichtsformate hingewiesen, bei denen weitere Anstrengungen erforderlich sind.

Der Landtag begrüßt ausdrücklich, dass den Schulträgern – zusätzlich zu den Mitteln aus den DigitalPakten – weitere 23 Millionen Euro zur Anschaffung von Klassensätzen mit digitalen Endgeräten für alle Brandenburger Schulen zur Verfügung gestellt werden. Dies ist ein weiterer wichtiger Baustein für eine verbesserte digitale Ausstattung der Schulen.

Darüber hinaus bekräftigt der Landtag im Ergebnis des Fachgesprächs zur Digitalisierung an Schulen im Land Brandenburg die Notwendigkeit, den Ausbau der Breitband-Internetanbindung für alle Schulen prioritär zu behandeln und diesen weiterhin auf allen Ebenen zügig voranzutreiben. In diesem Zusammenhang ist zu begrüßen, dass die Mittel für den Breitbandausbau durch das Vorziehen entsprechender Verpflichtungsermächtigungen mit dem Haushaltsgesetz 2021 für die kommenden Jahre erhöht werden sollen.

Darüber hinaus fordert der Landtag die Landesregierung auf,

1. die Strategie des Landes zur digitalen Bildung unter Berücksichtigung der Erkenntnisse aus dem DigitalPakt Schule weiter zu entwickeln,
2. zu prüfen, ob die bereits implementierten Beratungsstrukturen für die Schulträger und Schulen durch die DigitalAgentur und die Schulämter weiter gestärkt werden können,
3. sich gegenüber dem Bund dafür einzusetzen, dass die Mittel für den Ausbau und die Pflege der digitalen Infrastruktur im schulischen Bereich auch nach Auslaufen der Mittel aus dem DigitalPakt verstetigt werden können,
4. zu prüfen, wie im Zuge der Förderung der digitalen Infrastruktur von Schulen durch Digitalpaktmittel deren Betrieb in geteilter Verantwortung von Land und Kommunen dauerhaft nachhaltig organisiert werden soll,
5. einen Vorschlag zu unterbreiten, welche Änderungen bezüglich der Verarbeitung personenbezogener Daten von Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften und Eltern bei digitalen Lehr- und Lernmitteln im Zuge einer Novelle des Brandenburgischen Schulgesetzes vorzunehmen sind,
6. darauf hinzuwirken, dass nach der einheitlichen Ausstattung der Lehrkräfte mit dienstlichen E-Mail-Adressen auch alle Schülerinnen und Schüler perspektivisch schuleigene E-Mail-Adressen erhalten, um datenschutzkonform zu kommunizieren,
7. den Schulen Softwarelösungen, die datenschutzrechtlich konform genutzt werden können, und entsprechende Fortbildungen für Lehrkräfte anzubieten, um diesbezüglich notwendige Kompetenzen zu vermitteln,
8. die Fortbildungsangebote zur digitalen Medienbildung für alle pädagogischen Kräfte weiterzuentwickeln und auszubauen; diese Angebote sollen neben der Technikvermittlung medienpädagogische und fachdidaktische Themenstellungen zur Veränderung des Lehrens und Lernens durch den Einsatz digitaler Medien umfassen,
9. unter Berücksichtigung der von der Universität Potsdam angewandten „Potsdamer Matrix zur Medienbildung in der Lehrerbildung“ die Verzahnung bzw. Kooperation der drei Phasen der Lehrkräftebildung im Bereich des Lehrens und Lernens mit digitalen Medien nachhaltig zu stärken,
10. zu prüfen, inwieweit neben den Medienentwicklungsplänen im Rahmen des DigitalPakts Schule Standardisierungen für Mediennutzungskonzepte der Schulen des Landes für die zukünftigen schulseitigen Anpassungen als Basis dienlich sein können,

11. das Angebot der Schul-Cloud Brandenburg und die darin integrierten standardisierten Werkzeuge weiter zu entwickeln, wobei der datenschutzsichere Austausch zwischen den Schülerinnen und Schülern und den Lehrkräften zu gewährleisten ist. Dabei bleibt den Schulen weiterhin die Wahl, Alternativen zur Schul-Cloud Brandenburg zu nutzen, sofern sie datenschutzrechtlichen Anforderungen entsprechen,
12. über eine geeignete Plattform den fachlichen Austausch der Lehrkräfte zu fördern mit dem Ziel, Unterrichtskonzeptionen und digitale Tools (auch Open Educational Resources) einzustellen und Fortbildungen auch in digitaler Form bzw. in Blended-Learning-Formaten anzubieten.
13. in Zusammenarbeit mit dem Land Berlin und anderen Bundesländern die Erstellung von Lern- und Lehrmitteln als Open Educational Resources (OER) zu fördern und zur Verfügung zu stellen,
14. zu prüfen, unter welchen technischen sowie datenschutz- und versicherungsrechtlichen Voraussetzungen private Endgeräte von Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften in Schule ergänzend genutzt werden können (BYOD),
15. bei allen entsprechenden Planungs-, Entwicklungs- sowie Anpassungsprozessen die Bedarfe von Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften mit Beeinträchtigungen und Behinderungen mit zu bedenken und in die Lösungen einfließen zu lassen.

Bericht:**A. Allgemeines**

Der Landtag überwies den Antrag der Fraktion DIE LINKE „Voraussetzungen für digitales Lernen schaffen!“ (Drucksache 7/1375) in seiner 18. Sitzung am 19. Juni 2020 zur Beratung an den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport.

Mit dem Antrag soll die Landesregierung vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie aufgefordert werden, die Voraussetzungen für digitale Lernformate möglichst schnell, umfassend und flächendeckend zu schaffen. Der Antrag hält zur Erreichung dieses Zieles insgesamt neun, im Einzelnen aufgeführte Maßnahmen für erforderlich.

B. Beratung

Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport verständigte in seiner 9. Sitzung am 13. August 2020 darauf, ein Fachgespräch zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE durchzuführen und das Thema „Digitalisierung im Bildungsbereich“ umfassend zu betrachten.

Das Fachgespräch fand in der 10. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport am 10. September 2020 statt. Zu dem Fachgespräch hatte der Ausschuss neben der Ministerin für Bildung, Jugend und Sport folgende Experten eingeladen und um eine einführende Stellungnahme sowie die Beantwortung zahlreicher Nachfragen gebeten: Dr. André Göbel (Digitalagentur Brandenburg), Prof. Dr. Ulrich Kortenkamp (Zentrum für Lehrerbildung und Bildungsforschung an der Universität Potsdam), Tilo Kühnel (DSC Dietmar Schickel Consulting GmbH & Co. KG), Prof. Dr. Christoph Meinel (Hasso-Plattner-Institut für Digital Engineering gGmbH) und Dr. Thomas Reinke (Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht). Der Ausschuss befasste sich im Rahmen des Fachgespräches unter anderem mit den Möglichkeiten für einen beschleunigten Breitbandausbau, der Zurverfügungstellung digitaler Endgeräte an Schülerinnen und Schüler, den Mindestvoraussetzungen und einem möglichen Gesamtkonzept für das E-Learning sowie mit möglichen Fort- und Weiterbildungsstrategien für Lehrerinnen und Lehrer zu digitalen Unterrichtsformen sowie zur Medienbildung. Hinsichtlich des Ergebnisses des Fachgespräches im Einzelnen wird auf das in der Parlamentsdokumentation einsehbare Anhörungsprotokoll mit den anliegenden schriftlichen Stellungnahmen der Gesprächsteilnehmer verwiesen (P-ABJS 7/10).

Zu der abschließenden Beratung in der 13. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport am 3. Dezember 2020 lag ein gemeinsamer Entwurf für eine Beschlussempfehlung der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE vor (Anlage 1). Die Beschlussempfehlung sieht vor, dass der Landtag den Antrag der Fraktion DIE LINKE ablehnen und stattdessen einen alternativen Beschlusstext annehmen soll. Außerdem stand dem Ausschuss zur abschließenden Beratung eine Stellungnahme des Rates für Angelegenheiten der Sorben/Wenden als zusätzliches Beratungsmaterial zur Verfügung. Die Stellungnahme geht unter der Überschrift „Digitaler Distanzunterricht - Chancen für kleine Gruppen- und Lernstandorte“ insbesondere auf diejenigen Aspekte digitalen Unterrichts ein, die für den Sorbisch/Wendisch-Unterricht von besonderer Bedeutung sind.

Die einbringenden Fraktionen erhielten im Rahmen der abschließenden Beratung die Gelegenheit, ihren gemeinsamen Entwurf für eine Beschlussempfehlung vorzustellen und zu begründen. Die Koalitionsfraktionen nahmen insbesondere Bezug auf das durchgeführte Fachgespräch. Dieses habe den bestehenden Handlungsbedarf noch einmal verdeutlicht, aber auch aufgezeigt, was bereits erreicht worden und warum man in manchen Bereichen noch nicht weiter sei. Mit der Beschlussempfehlung würden 15 Vorschläge für eine Weiterentwicklung der digitalen Bildung unterbreitet. Die Koalitionsfraktionen stellten diese 15 Vorschläge im Einzelnen dar und wiesen zudem darauf hin, dass das Thema der digitalen Bildung natürlich im Ausschuss weiter begleitet und auch weiter vorangetrieben werden müsse. Die Fraktion DIE LINKE begrüßte, dass es gelungen sei, sich auf einen gemeinsamen Beschlusstext zu einigen. In der gemeinsamen Beschlussempfehlung seien die wesentlichen Gesichtspunkte des Ursprungsantrages der Fraktion enthalten. Zu kritisieren sei allerdings, dass es der gemeinsamen Beschlussvorlage an Verbindlichkeit mangle und insbesondere ein klarer Zeitplan zur Umsetzung fehle.

Die AfD-Fraktion erklärte, dass die Beschlussvorlage keinesfalls einen Durchbruch darstelle. Bei den 15 Einzelpunkten handle es sich im Wesentlichen um bloße Absichtserklärungen und Prüfaufträge ohne klare Fristvorgaben. Es gebe kein Konzept und keine erkennbare Strategie, sondern es würden lediglich Aufträge an das Bildungsministerium erteilt.

Im Ergebnis seiner Beratungen beschloss der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport mehrheitlich (7:3:0), dem Landtag die Annahme des gemeinsamen Entwurfes für eine Beschlussempfehlung der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zu empfehlen.

Anlagen

- Anlage 1: Vorlage für eine Beschlussempfehlung der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE
- Anlage 2: Stellungnahme des Rates für Angelegenheiten der Sorben/Wenden vom 2. Dezember 2020 „Digitaler Distanzunterricht - Chancen für kleine Gruppen- und Lernstandorte“

Vorlage für eine Beschlussempfehlung zum Antrag der Fraktion DIE LINKE „Voraussetzung für digitales Lernen schaffen!“ Drucksache 7/1375

der SPD-Fraktion,
der CDU-Fraktion,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion DIE LINKE

1. Der Landtag möge den Antrag der Fraktion DIE LINKE „Voraussetzungen für digitales Lernen schaffen!“ (Drucksache 7/1375) ablehnen und stattdessen den folgenden Beschluss fassen.

Der Landtag stellt fest:

Das Land Brandenburg hat die Schulträger insbesondere mit den Förderprogrammen „medienfit:-)Grundschule“ und „medienfit_sek I“ sowie dem „Landesprogramm zur Förderung der IT- und Medienausstattung an Schulen“ bereits in den zurückliegenden Jahren bei Verbesserungen im Zusammenhang mit der IT- und Medienausstattung sowie der konzeptionellen Entwicklung von Medienentwicklungsplänen an den Schulen unterstützt. Im Zuge des verstärkten finanziellen Engagements des Bundes durch den DigitalPakt von Bund und Ländern 2019-2024 können nun weitere dringend erforderliche Verbesserungen im Bereich der digitalen Infrastruktur umgesetzt werden. Ziel hierbei ist, Schülerinnen und Schülern digitale Kompetenzen zu vermitteln, um sie zugleich besser auf Veränderungen in einer sich im Wandel befindenden Arbeitswelt vorzubereiten und verantwortungsvoll mit Medien und Technik umgehen zu können.

Die Corona-Pandemie hat die Notwendigkeit für weitere Verbesserungen in der digitalen Infrastruktur an den Schulen im Land Brandenburg noch einmal in zugespitzter Form verdeutlicht. Infolgedessen ist zu begrüßen, dass mit dem Sofortausstattungsprogramm mit digitalen Endgeräten für einkommensschwache Schülerinnen und Schüler (DigitalPakt II), dem Programm zur administrativen Unterstützung beim Ausbau einer digitalen Lehr-Lern-Infrastruktur (DigitalPakt III) und der Ausstattung der Lehrkräfte mit digitalen Endgeräten (DigitalPakt IV) weitere wichtige Impulse gesetzt werden können. Des Weiteren sind nunmehr über 500 Schulen an die Schul-Cloud Brandenburg angebunden. Sie wird stetig weiterentwickelt und enthält inzwischen auch ein Videokonferenztool. Nahezu alle Lehrkräfte sind mit E-Mailadressen für den Dienstgebrauch ausgestattet.

Angesichts der Dynamik in der Corona-Pandemie und erheblicher Auswirkungen auf den Bildungssektor hatte der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport in seiner 10. öffentlichen Sitzung am 10. September 2020 den Antrag der der Fraktion DIE LINKE (Drucksache 7/1375) aufgegriffen und zu einem Fachgespräch zu diesem Themenkomplex eingeladen. Dabei wurde der Einsatz für den beschleunigten Ausbau der digitalen Infrastruktur durch entsprechende Hard- und Software, insbesondere der flächendeckende Rollout der Schul-Cloud Brandenburg, grundsätzlich begrüßt. Gleichzeitig haben die Experten auf Defizite unter anderem im Zusammenhang mit der Umstellung auf digitale Lernformate, der Erschließung der Schulen mit Breitband-Internetverbindungen sowie bezüglich der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften im Hinblick auf digitale Unterrichtsformate hingewiesen, bei denen weitere Anstrengungen erforderlich sind.

Vor diesem Hintergrund möge der Landtag beschließen:

Der Landtag begrüßt ausdrücklich, dass den Schulträgern – zusätzlich zu den Mitteln aus den DigitalPakten – weitere 23 Millionen Euro zur Anschaffung von Klassensätzen mit digitalen Endgeräten für alle Brandenburger Schulen zur Verfügung gestellt werden. Dies ist ein weiterer wichtiger Baustein für eine verbesserte digitale Ausstattung der Schulen.

Darüber hinaus bekräftigt der Landtag im Ergebnis des Fachgesprächs zur Digitalisierung an Schulen im Land Brandenburg die Notwendigkeit, den Ausbau der Breitband-Internetanbindung für alle Schulen prioritär zu behandeln und diesen weiterhin auf allen Ebenen zügig voranzutreiben. In diesem Zusammenhang ist zu begrüßen, dass die Mittel für den Breitbandausbau durch das Vorziehen entsprechender Verpflichtungsermächtigungen mit dem Haushaltsgesetz 2021 für die kommenden Jahre erhöht werden sollen.

Darüber hinaus fordert der Landtag die Landesregierung auf,

1. die Strategie des Landes zur digitalen Bildung unter Berücksichtigung der Erkenntnisse aus dem DigitalPakt Schule weiter zu entwickeln,
2. zu prüfen, ob die bereits implementierten Beratungsstrukturen für die Schulträger und Schulen durch die Digital Agentur und die Schulämter weiter gestärkt werden können,
3. sich gegenüber dem Bund dafür einzusetzen, dass die Mittel für den Ausbau und die Pflege der digitalen Infrastruktur im schulischen Bereich auch nach Auslaufen der Mittel aus dem DigitalPakt verstetigt werden können,
4. zu prüfen, wie im Zuge der Förderung der digitalen Infrastruktur von Schulen durch Digitalpaktmittel deren Betrieb in geteilter Verantwortung von Land und Kommunen dauerhaft nachhaltig organisiert werden soll,
5. einen Vorschlag zu unterbreiten, welche Änderungen bezüglich der Verarbeitung personenbezogener Daten von Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften und Eltern bei digitalen Lehr- und Lernmitteln im Zuge einer Novelle des Brandenburgischen Schulgesetzes vorzunehmen sind,
6. darauf hinzuwirken, dass nach der einheitlichen Ausstattung der Lehrkräfte mit dienstlichen E-Mail-Adressen auch alle Schülerinnen und Schüler perspektivisch schuleigene E-Mail-Adressen erhalten, um datenschutzkonform zu kommunizieren,
7. den Schulen Softwarelösungen, die datenschutzrechtlich konform genutzt werden können, und entsprechende Fortbildungen für Lehrkräfte anzubieten, um diesbezüglich notwendige Kompetenzen zu vermitteln,
8. die Fortbildungsangebote zur digitalen Medienbildung für alle pädagogischen Kräfte, weiterzuentwickeln und auszubauen; diese Angebote sollen neben der Technikvermittlung medienpädagogische und fachdidaktische Themenstellungen zur Veränderung des Lehrens und Lernens durch den Einsatz digitaler Medien umfassen,
9. unter Berücksichtigung der von der Universität Potsdam angewandten „Potsdamer Matrix zur Medienbildung in der Lehrerbildung“ die Verzahnung bzw. Kooperation der drei Phasen der Lehrkräftebildung im Bereich des Lehrens und Lernens mit digitalen Medien nachhaltig zu stärken,
10. zu prüfen, inwieweit neben den Medienentwicklungsplänen im Rahmen des Digitalpakts Schule Standardisierungen für Mediennutzungskonzepte der Schulen des Landes für die zukünftigen schulseitigen Anpassungen als Basis dienlich sein können,
11. das Angebot der Schul-Cloud Brandenburg und die darin integrierten standardisierten Werkzeuge weiter zu entwickeln, wobei der datenschutzsichere Austausch zwischen den Schülerinnen und Schülern und den Lehrkräften zu gewährleisten ist. Dabei bleibt den Schulen weiterhin die Wahl, Alternativen zur Schul-Cloud Brandenburg zu nutzen, sofern sie datenschutzrechtlichen Anforderungen entsprechen,

12. über eine geeignete Plattform den fachlichen Austausch der Lehrkräfte zu fördern mit dem Ziel, Unterrichtskonzeptionen und digitale Tools (auch Open Educational Resources) einzustellen und Fortbildungen auch in digitaler Form bzw. in Blended-Learning-Formaten anzubieten.
13. in Zusammenarbeit mit dem Land Berlin und anderen Bundesländern die Erstellung von Lern- und Lehrmitteln als Open Educational Resources (OER) zu fördern und zur Verfügung zu stellen,
14. zu prüfen, unter welchen technischen sowie datenschutz- und versicherungsrechtlichen Voraussetzungen private Endgeräte von Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften in Schule ergänzend genutzt werden können (BYOD),
15. bei allen entsprechenden Planungs-, Entwicklungs- sowie Anpassungsprozessen die Bedarfe von Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften mit Beeinträchtigungen und Behinderungen mit zu bedenken und in die Lösungen einfließen zu lassen.

Landtag Brandenburg, Alter Markt 1, 14467 Potsdam

Vorsitzende
des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport
Frau Abg. Kristy Augustin, MdL

im Hause

Rat für Angelegenheiten der
Sorben/Wenden

Krajny sejm Bramborska
Rada za nastupnosći
Serbow

Die Vorsitzende
Pśedsedarka

Datum: 2. Dezember 2020

Digitaler Distanzunterricht - Chancen für kleine Gruppen- und Lernstandorte

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

der Rat für Angelegenheiten der Sorben/Wenden hat sich in seiner 5. Sitzung am 6. Oktober 2020 und 6. Sitzung am 1. Dezember 2020 intensiv mit Aspekten digitalen Unterrichts beschäftigt.

Im Hinblick auf die Ausstattung der Schulen im Rahmen der Umsetzung des DigitalPakts zeigte sich, dass die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel bei Schulen mit einer besonders schlechten Ausgangslage und in Trägerschaft kleiner Kommunen nicht ausreichen werden, eine den Medienplänen entsprechende erforderliche Mindestausstattung zu erreichen. Besonders kleine Kommunen, meist im ländlichen Bereich, sind nicht in der Lage, die Ausstattung bis zur Einsatzbereitschaft adäquat mitzufinanzieren. Dies betrifft sowohl die Verlegung der Medien als auch die Anschaffung von Endgeräten für den Unterricht.

Der RASW hält eine Mindestausstattung vor allem für Schulen mit Sorbisch/Wendisch-Unterricht für wichtig, um dem starken Mangel an Lehrkräften mit Facultas Sorbisch/Wendisch aber auch den Herausforderungen kleiner Lerngruppen und Lernstandorte zeitnah mit digitalem Unterricht bzw. Telepräsenzmodellen begegnen zu können.

Wir sehen unabhängig vom angestammten Siedlungsgebiet der Sorben/Wenden grundsätzlich die Notwendigkeit kleine Kommunen im ländlichen Raum zu unterstützen, um landesweit in den Schulen zügig eine vergleichbare Mindestausstattung herzustellen. Der Lehrermangel und kleine Lerngruppen in ländlichen Gebieten sind nicht nur ein Problem für die Durchführung des Sorbisch/Wendisch-Unterrichts.

Wir bitten die Mitglieder des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport sich für eine Ergänzung der DigitalPakte einzusetzen, die diesen Aspekten Rechnung trägt und diese Schulträger bei der Umsetzung der Medienentwicklungspläne finanziell besonders unterstützt. Denn eine vergleichbare Ausstattung an den Schulen ist Grundvoraussetzung, um Modelle digitalen Distanzunterrichts zu entwickeln und nutzen zu können.



Der RASW sieht in Mischformen digitaler Teilhabe am Präsenzunterricht Chancen für kleine Lerngruppen und Lernstandorte.

Aus den anhaltenden Diskussionen zur Digitalisierung - auch in ihrem Ausschuss - wissen wir, dass es Vieles zu bedenken gibt hinsichtlich der Ausstattung der Schulen, der didaktischen Herausforderungen, datenschutzrechtlicher auch schulorganisatorischer Rahmenbedingungen - um nur einige zu nennen.

Wir bitten die Mitglieder des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport bei der morgigen Auswertung des Fachgespräches und abschließenden Beratung zum Antrag „Voraussetzungen für digitales Lernen schaffen!“ in TOP 4 die folgenden Schwerpunkte zu berücksichtigen:

1. Kleine Lernstandorte in Trägerschaft kleiner Kommunen und deren digitale Ausstattung besonders unterstützen und ein Mindestniveau für ländliche Schulen, Schulen im angestammten Siedlungsgebiet der Sorben/Wenden sowie Schulen mit Sorbisch/Wendisch-Unterricht herbeizuführen.
2. Digitale Unterrichtsmodelle für den Erhalt kleiner Lernstandorte prüfen und unterstützen.
3. Digitale Unterrichtsmodelle zur Verbesserung des Angebotes für spezialisierte Lerngruppen, insbesondere den Sorbisch/Wendisch-Unterricht, prüfen und unterstützen.

Eine kurzfristige Teilnahme eines Ratsmitgliedes an der Präsenzsitzung ist leider nicht möglich.

Mit freundlichen Grüßen
Z písjašelnymi póstrowami



Kathrin Schwella